

MDZ-Infodienst

Russischer Nikolaus feiert Geburtstag

Ab jetzt hat Ded Moroz auch einen Geburtstag: Am 17. November begeht die Verwaltung der Oblast Wologda feierlich seinen Geburtstag. Jährlich richten aufgeregte Kinder ihren Blick in die Heimat des russischen Nikolaus, werden lange Wunschlisten nach Welikij Ustjug verschickt. Grund genug zu feiern, beschloss Wjatscheslaw Pozgelew, Chef der dortigen Regionalverwaltung, und legte den Termin auf den Winterbeginn in der Oblast fest. Zur Feier werden unter anderem Santa-Claus aus Finnland, Nikolaus aus Ungarn, Mikulasch aus der Slowakei sowie der weißrussische Nikolaus erwartet.

Lehrer fordern Rücktritt der Regierung

Bei russlandweiten Demonstrationen wandten sich Gewerkschaftsmitglieder aus dem Bildungsbereich und Gesundheitswesen gegen die staatliche Budgetpolitik. Die Demonstranten, darunter auch Studenten, forderten den Rücktritt der Regierung und beschuldigten sich gegenseitig der Beihilfe zu einem „antivölkischen Regime“. In den Vordergrund wurde besonders die Erklärung des Präsidenten vom 5. September gerückt, einen Linkskurs einzuschlagen und das Budget für den sozialen Bereich um 150 Milliarden Rubel zu erhöhen. Die Demonstranten wehrten sich gegen den schleppenden Fortschritt dieser Zielvorgabe und forderten eine Erhöhung der Gehälter.

Tschetschenen klagen in Straßburg

Nach einem weiteren Berufungsverfahren wurden die wegen Mordes angeklagten Mitglieder der inneren Streitkräfte, Oberleutnant Jewgenij Chudjakow und Unterleutnant Sergej Araktschew, aus Mangel an Beweisen freigesprochen. Die Angeklagten sollen im Januar 2003 in Gebiet um Grosnyj willkürlich drei friedliche Tschetschenen erschossen haben. Als „antitschetschenisch“ verurteilten die Geschädigten den Ausgang des Verfahrens vor dem nordkaukasischen Militärgericht. Die Angehörigen der Ermordeten wollen sich nun an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg wenden.

Gesellschaftskammer soll Medien kontrollieren

In einem Gesetzesentwurf schlägt Präsident Wladimir Putin vor, der Gesellschaftskammer die Vollmacht zu übertragen, Gutachten über die Verletzung der Meinungsäußerungsfreiheit in den Massenmedien abzugeben. Damit soll der Kammer das Recht eingeräumt werden, Bürger, gesellschaftliche Vereinigungen und Medienleute zur Erörterung aller wichtigen Fragen im Medienbereich heranzuziehen.

Kein Geld für Wettersatelliten

Im internationalen Vergleich ist Russland Schlusslicht im Bereich der Fernsondierung: Abgesehen von rein militärischen Satelliten verfügt das Land über keinerlei eigene Ausrüstung zur Beobachtung des Wetters und der Bioproduktivität der Ozeane sowie unter anderem zur Bekämpfung von Waldbränden, wie die Zeitung „Iswestija“ berichtet. Russische Fachleute müssen dabei auf Informationen von den amerikanischen Satelliten NOAA und Terra/Aqua zurückgreifen. Über das Gelddefizit in diesem Bereich beklagte sich kürzlich die Russische Weltraumagentur.

Nationalisten wollen Protestpotenzial nutzen

Staat geht härter gegen fremdenfeindliche Übergriffe vor - noch hat das Morden kein Ende

Ausländische Studenten auf offener Straße ermordet, rassistische Politretorik und frei publizierte rechtsextreme Literatur: Fremdenhass tritt in Russland in unzähligen Varianten ungeschminkt zu Tage und ist in der Gesellschaft weit verbreitet. Experten sehen die Ursachen vor allem in den Folgen der sozialen Umwälzungen nach 1989 sowie in der Passivität der Behörden. Während der Kreml extremistischen Organisationen in den vergangenen Jahren Wind aus den Segeln nahm, diagnostiziert ein kürzlich erschienener Bericht des Moskauer Büros für Menschenrechte eine Aktivierung und Radikalisierung solcher Gruppen. Gleichzeitig zeigt der Staat aber zunehmend Bereitschaft, rassistische Äußerungen und Gewalt hart zu bestrafen.

Christian Weisflog

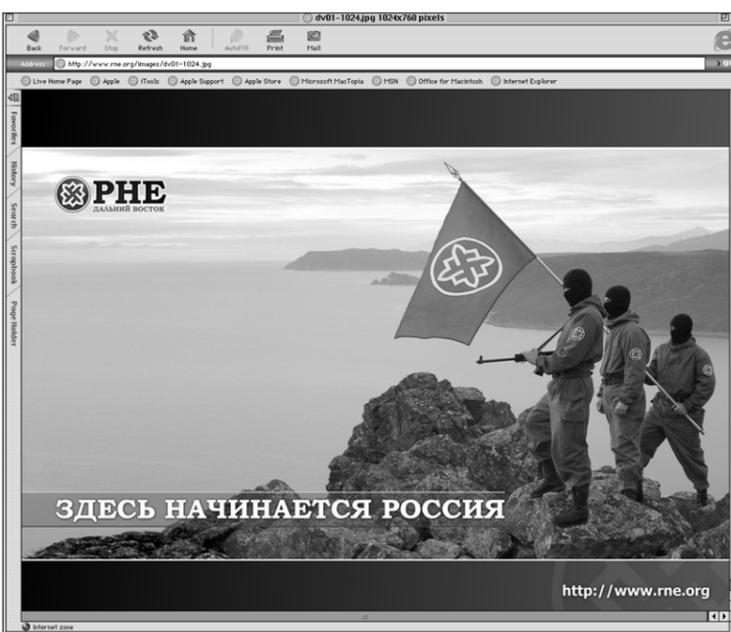
Erneut zeigte Anfang Oktober der in Russland äußerst latente Rassismus seine abscheuliche Fratze: Mit Eisenstangen und Messern bewaffnet, stürzte sich eine Meute Jugendlicher in der Stadt Woronesch am späten Nachmittag in einem Park auf drei ausländische Studenten und ermordete einen von ihnen. Wenige Tage später verhaftete die Polizei vier verdächtige Jugendliche, die Staatsanwaltschaft eröffnete ein Strafverfahren wegen „Mord durch eine Personengruppe“ und „Hooliganismus“, nicht aber etwa wegen „Schüren von ethnischen Hass“ nach Artikel 282 des russischen Strafgesetzes. Bei den Verbrechen habe es sich bloß um marginalisierte Jugendliche gehandelt, die sich amüsieren wollten, erklärte der Gouverneur des Woronescher Gebiets, Wladimir Kulakow, gegenüber gazeta.ru. Er begründete diese Annahme damit, dass die gewalttätigen Jugendlichen am selben Tag auch vier Russen verprügelt haben. Dabei handelte es sich jedoch um Rapper, die als Liebhaber „schwarzer Musik“ beliebte Skinhead-Opfer sind.

Woronesch gilt neben Moskau, St. Petersburg und Rostow als regelrechter Hort fremdenfeindlicher Übergriffe. Dem Mord von Anfang Oktober gingen in Woronesch in diesem Jahr mindestens sechs ähnliche Fälle voraus, schreibt die „Nesawissimaja Gaseta“. Auch die Polizei sieht keine rassistischen Motive hinter dem Delikt: „Die Jungs wollten sich die Langeweile vertreiben“, erklärte ein hoher Polizeibeamter.

Etwas mutiger ist der Staatsanwalt der Region, Aleksandr Ponomarjow. Zwar wagt auch er es nicht, das Verbrechen direkt mit Fremdenhass in Verbindung zu setzen. Er spricht aber bei seinen öffentlichen Auftritten den Rassismus als in der Stadt grassierendes Problem immer wieder an. Viele Ausländer würden sich an ihn wenden, die um ihre Sicherheit und ihr Leben fürchten. Der Staatsanwalt geht durchaus ein Risiko ein: Der als „Antifaschist“ gebrandmarkte Ethnologe Nikolaj Girenko, der als Experte in Prozessen gegen Skinheads auftrat, wurde im Juni 2004 in seiner Wohnung erschossen. Die unbekannten Täter konnten sich des Lobes in den rechtsradikalen Blättern sicher sein. Die Zeitung „Russische Front“ drohte Staatsanwälten, die Verfahren gemäß Artikel 282 eröffneten, zudem offen mit Vergeltung. Weitere „Ermordungen von Gegnern der Patrioten“ wurden angekündigt. Kein Feind des russischen Volkes komme unbestraft davon.

Laut dem Halbjahresbericht 2005 des Moskauer Büros für Menschenrechte (MBM) befindet sich die Fremdenfeindlichkeit in Russland stabil auf hohem Niveau. 50 bis 60 Prozent der Bevölkerung unterstützten die Parole „Russland den Russen“, wobei sich dieser Wert in den letzten Jahren nicht verändert hat. „Zu Beginn der 90er Jahre betrug dieser Anteil lediglich 20 bis 30 Prozent. Das heißt, im neuen Russland hat sich die fremdenfeindliche Gesinnung in den letzten 15 Jahren verdoppelt“, erklärt der Direktor des MBM, Aleksandr Brod. Während die Tätigkeit Anfang der 90er Jahre vor allem antisemitischen Charakter hatte - mit dem Ziel, die jüdischen

Kräfte in den Machtorganen zu bekämpfen - habe sich das Spektrum der Fremdenfeindlichkeit heute zudem erweitert. Nicht unerwartet dominieren laut Brod vor allem antikaukasische und antitschetschenische sowie in geringerem Maße antiwestliche, antiamerikanische und antichinesische Gefühle.



„Hier beginnt Russland“: Im größten Land der Welt setzt der Staat nationalistischer und fremdenfeindlicher Propaganda weder im Internet noch in gedruckter Form Grenzen.

Von Januar bis Juni 2005 kamen aufgrund fremdenfeindlicher Übergriffe in Russland zehn Menschen ums Leben, 200 wurden verletzt. Im Vergleich zur Vorjahresperiode sank damit die Opferzahl gemäß Bericht um fast einen Drittel. Zum Teil kann dies mit einem härteren Durchgreifen der Rechtsschutzorgane erklärt werden. Weigerten sich diese bisher mit aller Kraft dagegen, Verfahren gemäß Artikel 282 wegen „Schürung ethnischen Hasses“ und „Organisation extremistischer Vereinigungen“ einzuleiten, wurden im ersten Halbjahr fünf Personen nach diesem Paragraphen verurteilt. In mehreren Verfahren im Zusammenhang mit fremdenfeindlichen Übergriffen sprachen die Richter zudem lange Haftstrafen aus.

Diese Zeichen der Besserung geben in der erschreckenden Situation Anlass zur Hoffnung. Ein Vergleich mit Zahlen aus Deutschland zeigt zudem, dass die Lage nicht ganz so schlimm ist, wie es auf den ersten Blick scheint. Im Zusammenhang mit fremdenfeindlicher Gewalt wurden in Deutschland 2004 37 Brandstiftungen, 6 Tötungsversuche und 640 Verletzte verzeichnet. In der Bundesrepublik existieren rund 170 rechtsextremistische Organisationen und Personenzusammenschlüsse.

Am zahlreichsten unter den extremistischen Gruppierungen ist die Skinhead-Bewegung. Nach offiziellen Zahlen umfasst sie 10 000 Personen, das MBM geht jedoch von 50 000 Glatzköpfen aus. Die Bewegung ist jedoch nur wenig organisiert und mehrheitlich apolitisch. Ab und an werden sie als private Sicherheitskräfte oder Schlägertrupps angeheuert. Auf ihr Konto gehen jedoch die meisten fremdenfeindlichen Übergriffe.

Die stärkste und am besten organisierte nationalistische Vereinigung ist die „Russische Nationale Einheit“ (RNE), die laut dem Historiker Nikolaj Mitrochin heute nur noch rund 4 000 Mitglieder zählt. Diese wiederum verteilen sich auf mehrere konkurrierende Unterorganisationen. Gemäß Mitrochin durchliefen die rechtsextremistischen Gruppierungen in Russland von 1991 bis heute zwei unterschiedliche Phasen. Von 1991 bis 1996 hofften sie, die Macht im Land zu ergreifen, und bereiteten sich darauf vor, indem sie militärische Gruppen bildeten, die zum Teil am Putschversuch von 1993 teilnahmen. Nach der Wahlniederlage von 1996 gerieten die nationalistischen und revanchistischen Kräfte in eine Krise. Indem der Kreml in der Folge Teile der nationalistischen Ideologie übernahm, entzog er der Bewegung den Boden. Wa-

tionalisten. Das folgt aus einer Protesthaltung heraus, weil sie mit ihrem sozialen Status nicht zufrieden sind“, erklärt Brod. Ein anschauliches Beispiel für die Akzeptanz fremdenfeindlicher Überzeugungen in Gesellschaft und Elite war dieses Frühjahr der Skandal um den „Brief der 500“ an die russische Staatsanwaltschaft. 500 Personen des öffentlichen Lebens, darunter 20 Dumaabgeordnete, unterzeichneten das Schreiben, das forderte, jüdische Organisationen als extremistisch zu verbieten. Der alte jüdische Sitten- und Moralkodex „Schulchan Aruch“ aus dem 16. Jahrhundert wurde darin als „antichristlich“ bezeichnet. Einer der Unterzeichner, der Ex-General und kommunistische Abgeordnete Albert Makaschow, verteidigte seine antisemitischen Ansichten öffentlich in einem Fernsehduell. 54 000 Anrufer unterstützten seine Meinung, sein Widersacher, der für Toleranz warb, erhielt 47 000 Zuschauerstimmen. Eine Klage gegen die Unterzeichner des Briefes wegen Anstachelung zu ethnischen Hass wurde von Generalstaatsanwalt Wladimir Ustinow abgeblockt, der unter anderem erklärte: „Je größer der Wirbel um den Antisemitismus, umso mehr Aufmerksamkeit erhält er.“

Ein weiteres Beispiel ist die Situation von nationalen Minderheiten, die 1944 von Stalin nach Zentralasien deportiert wurden und sich Ende der 80er Jahre in ihre „Krasnodarskij Kraj“ niederließen. Mehrere Tausend von ihnen haben die jahrelange Diskriminierung und Gängelung durch die Behörden nun satt. Sie wandern in die USA aus oder beten noch um Aufnahme. Der Gouverneur des Gebiets, Aleksandr Tkatschow, meinte dazu kürzlich gegenüber Iswestija: „Es ist nicht gut, wenn es von der einen oder anderen Nationalität zu viele gibt.“

Eine andere beunruhigende Entwicklung, die der MBM-Bericht aufzeigt, ist eine Radikalisierung und auch Aktivisierung der nationalistischen Organisationen. Verschiedene Gruppierungen, darunter als erste die Allrussische Offiziersversammlung, forderte zur Bildung von Bürgerwehren und paramilitärischen Einheiten auf. Neu ist ebenfalls die Verübung von Terroranschlägen. So etwa der Überfall auf Anatolij Tschubaj, den Vorstandsvorsitzenden des russischen Strommonopolisten UES, oder das vermutlich von Mitgliedern der RNE verübte Bombenattentat auf den Zug Grosnyj-Moskau, bei dem 42 Menschen verletzt wurden.

Die Gründe für die Aktivierung und Radikalisierung sieht Semjon Tscharnyj, Autor des MBM-Berichts, in der Protestwelle, die diesen Frühling im Zusammenhang mit den Sozialreformen (Monetarisierung von Vergünstigungen) durch das Land ging. „Als Anfang dieses Jahres die Protestwelle gegen die Abschaffung sozialer Privilegien ins Rollen kam, wurde offensichtlich, dass es ein Protestpotenzial gibt und dass es sogar ziemlich groß ist. Deswegen formierten sich solche Gruppen, um die Situation auszunutzen“, erklärt Tscharnyj.

Aufgrund weiterer geplanter Sozialreformen sagt Mitrochin für die nächsten Jahre vor allem ein Wachstum linker Extremisten voraus. Aber angesichts der Erfahrungen im letzten Frühjahr wird der Kreml nun wohl vorsichtiger an Reformen herangehen und im Kampf um die Macht versuchen, auch dieser sozialen Strömung irgendwo einen Platz in seiner politischen Ausrichtung zu schaffen. Fürchten muss er sich aber wohl eher vor einer demokratischen Bewegung als vor Nationalisten, Bolschewisten und Skinheads. Zu diesem Zweck bedient sich auch der Kreml gerne nationalistischer Parolen und einer ausgrenzenden Freund-Feind-Rhetorik. Es ist allein zu hoffen, dass er den Geistern, die er rief, Herr bleibt.



Die Russische Nationale Einheit (RNE) verwendet ein stilisiertes Hakenkreuz als Symbol.

wie in Deutschland bleiben in Russland weitestgehend aus. „Der russische Präsident äußerte sich in diesem Jahr sehr oft, aber das bleibt nur Rhetorik und zeigt sich in der Hilflosigkeit der Rechtsschutzorgane. Gründe dafür sind fachliches Unwissen, und einige Polizeibeamte, Staatsanwälte sowie Gerichte sympathisieren mit den radikalen Na-